

Grußwort



Gesundheit und Binnenmarkt in Europa, Was will die Groko?

Rede anlässlich des 13. Europatages der Bundeszahnärztekammer

Dr. Peter Engel,
Präsident der Bundeszahnärztekammer





Sehr geehrter Herr Staatssekretär,
sehr geehrte Damen und Herren,

seien Sie herzlich willkommen zum 13. Europatag der Bundeszahnärztekammer in der beeindruckenden Hörsaalruine des Berliner Medizinhistorischen Museums der Charité.

Auch wenn wir uns an einem historischen Ort versammeln, so beschäftigen wir uns heute mit den gegenwärtigen Themen unserer Zeit. Unser Europatag, der im jährlichen Wechsel zwischen Berlin und Brüssel ausgerichtet wird, ist mittlerweile eine eigene Marke. Er zählt unter den Kennern zu den wertvollen Veranstaltungen, auf denen Experten mit unterschiedlicher Herkunft über aktuelle, für den zahnärztlichen Berufsstand wichtige, europapolitische Themen diskutieren.

Unsere heutige Diskussion findet in einer Zeit großer Umbrüche statt. Auf politischer Ebene wird das Verhältnis der USA zu seinen Partnern in Europa neu verhandelt. Die EU steht vor enormen Herausforderungen:

Der Austritt Großbritanniens im März 2019, die Folgen der weltweiten Migration und die Sicherung der EU-Außengrenzen, und nicht zuletzt der Zusammenhalt der Eurozone, angefacht durch die Entwicklungen in Italien, werfen Fragen auf, auf die es keine einfachen Antworten gibt.

Gleichzeitig muss die EU in den klassischen Politikfeldern, zu denen aus zahnärztlicher Sicht insbesondere die Binnenmarkt- und die Gesundheitspolitik gehören, in den kommenden Jahren neue Impulse setzen, um auf der Höhe der Zeit zu bleiben.

Europa braucht deshalb wieder mehr Bewegung für seine gemeinsamen Vorstellungen und Werte – ohne die es nicht geht. Viel Aufmerksamkeit haben dabei die Initiativen des französischen Präsidenten Emmanuel Macron hervorgerufen, der die Diskussion um die Zukunft Europas sehr belebt.

Aber auch Deutschland muss seine Rolle und seine Interessen in der europäischen Gemeinschaft neu denken und neu gestalten – gerade in Zeiten, in denen andere nationale Alleingänge inszenieren. Deutschland als größtem EU-Mitgliedstaat kommt eine besondere Verantwortung für die Weiterentwicklung der EU zu. Es überrascht nicht, dass die Europapolitik im Koalitionsvertrag der neuen Bundesregierung einen besonderen Platz einnimmt. Bereits das erste Kapitel ist dem Thema Europa prominent gewidmet.

Dabei darf nicht vergessen werden, dass Deutschland im zweiten Halbjahr 2020 die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen wird, wobei das Land gemeinsam mit den 2021 nachfolgenden Ratspräsidentschaften Portugals und Slowenien eine sog. Triopräsidentschaft bilden wird. In den kommenden Monaten wird der Entwurf eines deutschen Ratsprogramms zu entwickelt, das die aktuellen politischen Herausforderungen der EU im Großen wie im Kleinen abbildet.

Wir haben heute mit der Binnenmarkt- und der Gesundheitspolitik zwei klassische Bereiche herausgegriffen, die uns auf europäischer Ebene als Berufsstand besonders am Herzen liegen.

Die Besucher unserer vergangenen Europatage wissen, dass wir als zahnärztlicher Berufsstand die Entwicklungen auf dem Binnenmarkt mit großem Interesse und Aufmerksamkeit verfolgen. Dem Binnenmarkt ist daher auch das erste Panel gewidmet. Die letzten Jahre waren dabei aus unserer Sicht von einer intensiven Diskussion über die Zukunft der regulierten Berufe geprägt, zu denen nach Brüsseler Lesart auch die Freien Berufe gehören.

Freiberuflichkeit bedeutet für uns, dass der Zahnarzt notwendige Diagnose- und Therapieentscheidungen ohne Einwirkung Dritter – also unabhängig – sowie eigenverantwortlich und ausschließlich zum Wohle der Patienten treffen kann. Zudem definiert sich der Zahnarztberuf

in Deutschland nicht allein über das rein wirtschaftliche Eigeninteresse, sondern eben auch in der Verantwortung für die Zahngesundheit für unsere Gesellschaft. Die Freien Berufe haben gerade aufgrund dieser genannten Besonderheiten erheblich zu unserem gesellschaftlichen Zusammenhalt beigetragen. Deshalb müssen wir auch in Europa die Freien Berufe schützen.

Besonders wichtig ist uns, dass unsere Arbeit nicht durch immer neue Deregulierungsdebatten auf europäischer Ebene geschwächt wird. Dabei treffen grundlegend unterschiedliche Auffassungen über die Notwendigkeit beruflicher Regulierung aufeinander. Wir wehren uns dagegen, dass Berufsrecht in erster Line unter ökonomischen Aspekten bewertet werden soll.

Wir als Bundeszahnärztekammer sehen den Ansatz, Wirtschaftswachstum durch den Abbau von Regulierung zu stimulieren, kritisch. Denn es besteht die Gefahr, dass am Ende nur einmalige Beschäftigungseffekte generiert werden, ohne die Folgekosten und negativen Auswirkungen für Verbraucher und Patienten zu kalkulieren.

Weniger Regulierung führt zu einer Reduzierung notwendiger beruflicher Qualifikationen des Berufsstandes der Zahnärzte. Geringere Qualifikation bedeutet automatisch auch geringere Qualität der medizinischen Leistung. Die Leidtragenden sind dann unsere Patientinnen und Patienten.

Vor diesem Hintergrund haben wir mit Spannung auch den Ausgang der Beratungen über den Richtlinienentwurf für einen Verhältnismäßigkeitsstest verfolgt, der den nationalen Gesetzgeber zu einer intensiven Prüfung neuen Berufsrechts verpflichtet.

Auch wenn es keine politische Mehrheit für die von uns Heilberuflern gemeinsam geforderte Ausnahme vom Anwendungsbereich der Richtlinie gab, freut es uns doch, dass der europäische Gesetzgeber die Gesundheitsberufe und deren Bedeutung in der Richtlinie ausdrücklich herausgehoben und verankert hat.

Unser Blick soll sich mit dem ersten Panel aber vor allem auch nach vorne richten. Wir stellen uns die Frage, wie es mit dem Binnenmarkt in diesen Zeiten des Umbruchs weitergeht und welche Rolle die neue Bundesregierung dabei einnehmen wird. Welche Folgen werden der geplante Ausbau des digitalen Binnenmarktes, der Abbau regulatorischer Hürden sowie die Verbesserung der Mobilität der Arbeitnehmer für uns alle haben?

Das zweite Panel ist nicht weniger interessant. Im Bereich der Gesundheitspolitik stehen die EU-Mitgliedstaaten vor ähnlichen Herausforderungen, wie etwa

- die Zunahme chronischer, nicht übertragbarer Krankheiten,
- der demographische Wandel und die Alterung der europäischen Gesellschaften,
- die Nutzung neuer Technologien im Rahmen der Digitalisierung,
- sowie die überaus heikle Frage eines steigenden Kostendrucks innerhalb der Gesundheitssysteme.

Hier europäische Antworten zu finden bedarf eines hohen Maßes an Kreativität.

Die EU-Gesetzgebung bzw. die EU-Initiativen im Gesundheitsbereich treffen keineswegs auf homogene Gesundheitssysteme in den EU-Mitgliedstaaten. Die 28 nationalen Gesundheitssysteme sind vielmehr höchst unterschiedlich ausgeprägt.

Zudem hat die Europäische Union im Gesundheitsbereich, anders als beim Binnenmarkt, deutlich weniger Kompetenzen.

Wunsch und Wirklichkeit mögen daher nicht immer zueinanderfinden. Angesichts der geschilderten gemeinsamen Herausforderungen ist eine gemeinsame europäische Antwort aus

meiner Sicht notwendig. Die Diskussion im zweiten Panel soll uns daher Antworten auf die Fragen geben, wie die europäische Gesundheitspolitik der Zukunft aussehen wird und welchen Beitrag Deutschland mit seinem Gesundheitssystem, das mit seiner von der Selbstverwaltung geprägten Organisationsform eine echte Sonderstellung einnimmt, leisten kann.
Der Titel unseres Tages lautet „Gesundheit und Binnenmarkt in Europa, Was will die GroKo?“

In diesem Sinne freue ich mich sehr, jetzt das Wort an Herrn Christian Hirte, Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für Wirtschaft und Energie und Beauftragter der Bundesregierung für den Mittelstand, zu übergeben, der uns mit einem Impulsreferat Inhalte für die zwei folgenden Diskussionsrunden liefern wird.

Ich freue mich auf Ihren Impuls, Herr Staatssekretär und danke Ihnen und allen Teilnehmern sehr für Ihr Kommen!

Uns allen wünsche ich einen spannenden und vor allem erkenntnisbringenden Europatag!